

Leserbriefe: Will man dem Rißtal den Rest geben?

10. April 2017

Zum Bericht "Herrlishöfer wehren sich gegen IGI Rißtal" vom 5. April:

Das im Bereich Warthausen außerordentlich schöne, aber besonders enge Rißtal, das zusätzlich wegen seiner Nord-Süd-Ausrichtung auf belebende Westwinde weitestgehend verzichten muss, soll weiter vergiftet werden? Die Region, einschließlich der Stadt Biberach, hat sich an der Natur im nördlichen Rißtal schon mehr als vertretbar versündigt und will jetzt dem malerischen Tal den Rest geben? Die Tierverbrennung, die Kläranlage, die Umgehungsstraße und ein erstes Industriegebiet hat man schon nach Warthausen und in die Nähe der Höfen-Gemeinden verlagert, aber das reicht den Biberachern noch nicht. Alles, was Dreck macht und stinkt, wird einfach nach Norden verlagert.

Bei den Haushaltsberatungen des Gemeinderats Warthausen haben die beiden Fraktionsvorsitzenden wie jedes Jahr nach mehr Geld gerufen. Wer das für das übliche Ritual gehalten hat, wird nun eines Besseren belehrt. Die Bürger sollen für mehr Industrie und mehr Steuern, das heißt auch mehr Lärm und schlechtere Luft, weichgekocht werden.

Dass die Herren Schlanser diese Entwicklung stoppen oder zumindest aus dem engen Rißtal verlagern wollen, ist ein Anliegen aller Menschen und es gilt, das allen Betroffenen auch bewusst zu machen. Von den beteiligten Gemeinden wurde kein nachvollziehbarer Grund genannt, warum das Industriegebiet gerade in diesem Bereich gebaut werden soll, es waren schließlich auch umweltverträglichere Standorte in der Diskussion. Es ist besonders erwähnenswert, dass bei der Ratssitzung in Warthausen die Freien Wähler die Probleme gerade noch rechtzeitig erkannt und daraus erste Konsequenzen gezogen haben. Danke dafür! Wer auf eine bürgernahe Reaktion der CDU-Fraktion gehofft hatte, wurde einmal mehr enttäuscht.

Alle Menschen aus Warthausen und dem Rißtal sollten jetzt die Gelegenheit ergreifen, das Rißtal zu erhalten. Dafür gibt es vielfache demokratische Möglichkeiten: vom Gespräch mit Gemeinderäten, dem Bürgermeister bis hin zum Bürgerbegehren. Was man nicht machen sollte, ist, einen sehr bürgernahen und verständigen Unternehmer wie Herrn Handtmann zum Schreckgespenst aufbauen zu wollen. Die im Gemeinderat gestellte Frage "Was ist, wenn Herr Handtmann geht?" ist polemisch und unfair, solange dieser Unternehmer sie nicht selbst stellt. Es gibt genügend Lösungen. Man muss sie nur wollen.

Klaus Schneider, Oberhöfen